

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 22.05.2012

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Carsten Krümhöfner
Herr Hartmut Meichsner stellv. Vorsitzender
Herr Holger Nolte
Herr Frank Strothmann

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Marcus Lufen
Herr Hans-Werner Plaßmann
Herr Holm Sternbacher
Herr Ulrich Windhager

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Claudia Heidsiek
Herr Priv.-Doz. Dr. Jörg van Norden Vorsitzender

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

FDP

Frau Jasmin Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Heuer Beirat für Behindertenfragen
Herr Cemil Yildirim Integrationsrat

Verwaltung:

Frau Anja Ritschel	Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz
Herr Martin Wörmann	Umweltamt
Herr Arnt Becker	Umweltamt
Herr Daniel Ditz	Umweltamt
Herr Egbert Worms	Umweltamt
Herr Bernd Reidel	Umweltamt
Herr Klaus Kugler-Schuckmann	Umweltbetrieb

Schriftführung:

Frau Katrin Köppe	Umweltamt
-------------------	-----------

Zuhörerinnen und Zuhörer in nichtöffentlicher Sitzung

Frau Katharina Schellong	Referentin der CDU-Ratsfraktion
Herr Detlef Niemeyer	FDP, stellv. Ausschussmitglied
Herr Bernd Vollmer	Die Linke, stellv. Ausschussmitglied

Entschuldigt fehlt

Herr Friedhelm Donath	Seniorenrat
-----------------------	-------------

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung

Der Vorsitzende Herr PD Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

Er teilt mit, dass nach dem Versand der Einladung eine Anfrage der SPD-Fraktion sowie die Vorlage der Verwaltung „Umlage für den Werre-Wasserverband“ an die Mitglieder verschickt worden sei. Die Anfrage werde als TOP 3.1 behandelt. Die Vorlage solle auf Vorschlag der Verwaltung in dieser Sitzung als Dringlichkeitspunkt beraten werden.

Beschluss:

Als Dringlichkeitspunkt wird die Vorlage „Umlage für den Werre-Wasserverband“, Drucksachen-Nr. 4197/2009-2014, als TOP 7.1 auf die Tagesordnung gesetzt.

- einstimmig beschlossen –

Herr Dr. van Norden erinnert die Anwesenden an den bereits vereinbarten Ortstermin auf dem Johannisberg am 01.06.2012 um 15.00 Uhr. Der AfUK trifft sich am Parkplatz des Park-Inn-Hotels.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 24.04.2012

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 24.04.2012 (Nr. 23) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Stadtradeln

Frau Ritschel teilt folgendes mit:

Der Rat der Stadt Bielefeld hat am 1. März 2012 die Teilnahme der Stadt Bielefeld am bundesweiten Städtewettbewerb „Stadtradeln“ beschlossen. Vorliegend nun das Faltblatt zur Aktion.

In der Zeit vom 1. bis 21. Juni 2012 können alle Bielefelderinnen und Bielefelder ihre mit dem Fahrrad zurückgelegten Fahrten unter

www.stadtradeln.de in den Online-Radelkalender eintragen. Es zählen alle beruflichen und privaten Fahrten mit dem Rad. Die engagiertesten Kommunen, Kommunalparlamente und sogenannte Stadtrader werden anschließend vom Klima-Bündnis ausgezeichnet.

Eine Anmeldung ist ab sofort, aber auch innerhalb des Aktionszeitraums noch möglich; die Eintragung der geradelten Kilometer kann bis zum 28. Juni vorgenommen werden. Der Datenschutz wird gewahrt, indem für die Öffentlichkeit nur folgende Daten sichtbar gemacht werden: Name des Teams, Name der Teamleitung und die im Team pro Woche insgesamt geradelten Kilometer.

Für die lokale Wertung stiften 18 lokale Unterstützer etwa 100 Preise. In Bielefeld können die Radlerinnen und Radler mit dem fahrradaktivsten Team (Team mit den meisten Kilometern absolut und Team mit den meisten Kilometern pro Teammitglied) und bei der Einzelwertung mit den meisten Kilometern gewinnen. Zudem wird es als weiteren Anreiz eine Verlosung unter allen Bielefelder Teilnehmerinnen und Teilnehmern geben.

Im Programm sind 16 Veranstaltungen, zumeist geführte Radtouren, ausgewiesen – sollte Weiteres dazu kommen, wird dies auf den Internetseiten ergänzt. Der Oberbürgermeister als Schirmherr freut sich auf möglichst viele Mitradelnde, auch aus den Reihen des Rates und der Bezirksvertretungen.

Aktuell haben sich in Bielefeld bereits 60 Teams mit insgesamt rd. 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern für das Stadtradeln registriert.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Sternwanderung am 03.06.2012

Herr Wörmann weist auf die vom Umweltamt organisierte Sternwanderung am 03.06.2012 hin. Entgegen der bisherigen Informationen werde die zentrale Abschlussveranstaltung auf dem Johannisberg bereits um 16:30 Uhr durch eine Begrüßung durch den Oberbürgermeister eröffnet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Bestandsaufnahme Fledermäuse

Herr Wörmann teilt mit, dass die Bestandsaufnahme von Fledermäusen an der Sparrenburg abgeschlossen sei. Der Ergebnisbericht sei vor Sitzungsbeginn an die Anwesenden verteilt worden. Abschließend sei festgestellt worden, dass sich aus den Ergebnissen kein unmittelbarer Handlungsbedarf ergebe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Kosten des Schafbeweidungsprojektes

Herr Wörmann bezieht sich auf eine Frage aus der letzten Ausschusssitzung im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen. Zur Frage zum Schafbeweidungsprojekt, die nicht abschließend beantwortet werden konnte, ergänzt er folgendes:

Projekträger ist die Forstverwaltung Bethel, die ca. 230 ha mit Schafen bewirtschaftet und zwar überwiegend Magerrasen, Heiden und Feuchtwiesen. Ca. 150 ha sind Vertragsnaturschutzflächen, davon sind ca. 113 ha städtisch. Öffentliche Flächen sind im Rahmen des Vertragsnaturschutzes pachtzinsfrei zur Verfügung zu stellen, da es hier um den Erhalt von Naturschutzflächen mit öffentlichen Mitteln geht und Zusatzeinnahmen der Kommunen aus Pachten nicht vorgesehen sind. Es stehen also keine zusätzlichen Einnahmen aber auch keine zusätzlichen Ausgaben für das Schafbeweidungsprojekt zubuche.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Der Vorsitzende Herr Dr van Norden weist darauf hin, dass sich die Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 11.03.2012 zum Umstieg auf eine Nutzung von Ökostrom noch in Bearbeitung befinde und somit die Beantwortung nochmals verschoben werde.

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Holzabfahrwege westlich der Waterboerstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4195/2009-2014

Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 14.05.2012

Herr Wörmann beantwortet die Anfragen wie folgt:
Der betroffene Weg am Rosenberg liegt im NSG und im FFH-Gebiet „Östlicher Teutoburger Wald“. Das Umweltamt wurde von Erholung Suchenden auf die Wegebaumaßnahme aufmerksam gemacht, die weder beim Umweltamt noch beim Landesbetrieb Wald und Holz im Vorhinein beantragt wurde.

Bei einer Ortsbesichtigung im Februar 2012 erläuterte der Eigentümer die Notwendigkeit der bereits im Herbst 2011 durchgeführten

Wegeunterhaltungsmaßnahme. Weil seit mehreren Jahrzehnten keine Wegeunterhaltung in diesem Waldbereich stattgefunden hat, wurde es immer schwieriger, das Holz über weite Strecken aus dem Bestand zu rücken. Dies ist nachvollziehbar, weil funktionstüchtige Holzabfuhrwege für einen forstwirtschaftlichen Betrieb unerlässlich sind.

Optisch wirkt der ausgebaute Weg störend und überdimensioniert dadurch, dass randliche Bankettbereiche teilweise mit Bodenmaterial aufgeschüttet wurden. Die Maßnahme wäre so nicht genehmigt worden.

Eine nachträgliche Befreiung nach Landschaftsrecht wird nur unter Auflagen erteilt. Die randlichen Bankettbereiche sind zu begründen und das Bodenmaterial ist landschaftsgerecht einzubauen. Außerdem sind zur Eingrünung punktuell standortgerechte Pflanzungen vorzunehmen.

Zur Zusatzfrage:

Faunistische oder floristische Untersuchungen zur Beurteilung der Eingriffserheblichkeit konnten vor der Baumaßnahme durch das Umweltamt oder den Landesbetrieb Wald und Holz nicht beauftragt werden, weil die geplante Maßnahme nicht bekannt war.

Herr Lufen meint, dass die Antwort der Verwaltung zeige, in welchem Ausmaß im forstlichen Bereich gewirtschaftet werde, ohne ein vorheriges Monitoring durchzuführen. Er vermutet, dass es sich bei diesem Weg, der auf Grund seiner Ausmaße einer Autobahn ähnelt, nicht um einen Einzelfall handle. Er kündigt an, dass sich die SPD-Fraktion weiterhin mit der Thematik befassen und entsprechende Anträge stellen werde. Er hält ein Monitoring für die Holzwirtschaft für erforderlich und wünscht, dass der Landesbetrieb ein Konzept vorstellt.

Frau Heidsiek meint, dass Herr Linnemann vom städtischen Umweltbetrieb die derzeitigen Ziele bei der Waldbewirtschaftung in Bielefeld vorstellen könne.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

Zu Punkt 4.1 **Zusammenarbeit mit der Stiftung Westfälische Kulturlandschaft und der Bielefelder Landwirtschaft bei der Bereitstellung von Ersatzflächen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3971/2009-2014

Der Vorsitzende Herr Dr. van Norden weist darauf hin, dass Herr Meichsner in der letzten Sitzung einen von der Vorlage abweichenden Beschlusstext vorgeschlagen habe und liest den Text (s. Beschluss) vor.

Frau Heidsiek hält A+E-Maßnahmen grundsätzlich für wichtig. Ihre Fraktion sei aber gerade bei wechselnden Flächen kritisch in Bezug auf die Nachhaltigkeit, da sie Probleme bei der Kontrolle sehe. Sie fragt, ob der AfUK bei neu hinzukommenden Flächen einbezogen werde und wie eine dauerhafte Sicherung und Erhaltung der Flächen nach Ablauf von 25 Jahren sichergestellt werden kann.

Herr Becker teilt mit, dass die Stiftung die Umsetzung auf wechselnden Flächen begleiten werde und jährlich ein Bericht zu den Umsetzungen vorlegen müsse. Das Umweltamt werde stichprobenweise Kontrollen durchführen.

Herr Wörmann ergänzt, dass über neu hinzukommende Flächen im AfUK berichtet würde. Nach Ablauf von 25 Jahren müsse eine Lösung für eine Ersatzfläche gefunden werden. Diese könne innerhalb der gleichen Kulisse oder auch an einer anderen Stelle liegen.

Auf die Frage von Herrn Meichsner, ob die finanztechnische Abwicklung zwischenzeitlich geklärt sei, antwortet Herr Wörmann, dass ein Termin mit der Kämmerei und dem Rechtsamt in der nächsten Woche stattfinde. Er hoffe, dass man mit der Maßnahme im Herbst beginnen könne.

Herr von Spiegel kritisiert, dass landwirtschaftliche Flächen bewaldet bzw. mit Bäumen bepflanzt würden. Er verweist darauf, dass Nachbargemeinden teilweise andere Regelungen haben und einen Ausgleich im Wald ermöglichen. Seiner Meinung nach sei dieses besser als die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Das Projekt zur Bereitstellung von Ausgleichsflächen besonders im Bielefelder Süden in Kooperation mit der Bielefelder Landwirtschaft soll nach Klärung der finanztechnischen Abwicklung umgesetzt werden.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

--.-

Zu Punkt 5

Anträge

keine

--.-

Zu Punkt 6

Wertstoffeffassung in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4131/2009-2014

Herr Kugler-Schuckmann berichtet zur Vorlage und erläutert im Rahmen einer Folienpräsentation die zukünftigen Änderungen bei der Erfassung von Wertstoffen und die damit verbundenen Handlungsoptionen der Stadt Bielefeld.

Auf Nachfrage von Frau Wahl-Schwentker, ob der Umweltbetrieb im Wettbewerb zu privaten Anbietern stehe, teilt Herr Kugler-Schuckmann mit, dass sich der Umweltbetrieb schon in der Vergangenheit im Ausschreibungsverfahren des „dualen Systems“ als Mitbewerber beteiligt habe. Jetzt bestehe für die Kommune die Möglichkeit, das zukünftige Erfassungssystem vorzuschreiben. Bei einer gemeinsamen Erfassung von Verpackungskunststoffen (Duales System/Gelber Sack) und Wertstoffen, wie es jetzt vorgeschlagen wird, müsse der Anbieter, der die Erfassung durchführt, alle Wertstoffe sammeln. Der Umweltbetrieb werde sich auch in dem dann durchzuführenden Ausschreibungsverfahren dem Wettbewerb stellen.

Frau Heidsiek lobt die Bemühungen des Umweltbetriebes und teilt mit, dass ihre Fraktion die Einführung einer einheitlichen Wertstofftonne begrüße. Bisher sei es für viele Bürger schwer verständlich gewesen, aus welchem Grund Wertstoffe in unterschiedlichen Systemen erfasst werden. Sie fragt, ob sich ein privater Anbieter an den Anschaffungskosten der Tonnen beteiligen müsse.

Herr Schmelz weist darauf hin, dass sich der Abfall schlecht aus den Tonnen entfernen lasse, wenn er in die Tonnen gestopft wurde. Er bittet daher um Mitteilung, ob die privaten Haushalte und Betriebe mit einer ausreichenden Anzahl von Wertstofftonnen versorgt werden, um das „Stopfen“ zu verhindern. Des Weiteren fragt er, welche Auswirkungen sich auf die Müllverbrennungsanlage durch die Reduzierung des Restmülls ergeben. Er befürchtet, dass zukünftig der Müll auch aus weiterer Entfernung hergebracht werde, um eine Auslastung der MVA sicherzustellen.

Herr Kugler-Schuckmann antwortet, dass eine finanzielle Beteiligung eines Anbieters bei der Beschaffung der Tonnen grundsätzlich nach der VerpackV vorgesehen sei; die Erfahrung habe aber gezeigt, dass dieses in der Umsetzung nicht immer realisierbar sei.

Er sichert zu, dass genügend Tonnen an die Haushalte und Betriebe verteilt werden, so dass der Abfall nicht gestopft werden müsse.

Die Liefermenge an die MVA werde durch ein einheitliches Erfassungssystem um 2 – 3.000 t/a verringert. Die Auswirkungen der Verringerung müsse die MVA selbst umsetzen.

Herr Meichsner fragt, was mit dem Personal passiere, wenn der UWB die Ausschreibung nicht gewinne.

Herr Kugler-Schuckmann teilt mit, dass der UWB derzeit kein Personal für diese Aufgabe habe, da der gelbe Sack durch einen privaten Anbieter eingesammelt werde. Als die Sammlung des gelben Sackes noch im Aufgabenbereich des UWB lag, war entsprechendes Personal vorhanden, welches zwischenzeitlich in andere Bereiche des UWB integriert werden konnte.

Auf Anfrage von Herrn Lufen berichtet Herr Kugler-Schuckmann von überwiegend guten Erfahrungen bei Großwohnanlagen in Baumheide, wo das System SSP derzeit erprobt werde. Die Füllmenge betrage über 90 %. Ein weiterer Vorteil sei die Verbesserung der Sauberkeit. Ein Tonne-in-Tonne-System, bei dem innerhalb der Abfalltonne Trennungen vorgenommen werden, sei nicht vorgesehen.

Sodann fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfiehlt dem Rat zu beschließen:

1. Der Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld wird beauftragt, entsprechend den Vorgaben des am 29.02.2012 veröffentlichten Kreislaufwirtschaftsgesetzes (Datum des Inkrafttretens: 01.06.2012) bis zum 01.01.2015 im Stadtgebiet Bielefeld eine haushaltsnahe weitere Wertstoffeffassung aufzubauen.
2. Die Abstimmungsvereinbarung mit den Betreibern der Systeme nach § 6 Abs. 3 Verpackungsverordnung (VerpackV) und die Systembeschreibungen sind so zu ändern, dass spätestens ab 01.01.2015 eine gemeinsame Erfassung von Leichtverpackungen (LVP) und weiteren Wertstoffen in einem Sammelgefäß ermöglicht wird.
3. Den Betreibern der Systeme nach § 6 Abs. 3 der Verpackungsverordnung ist eine Mitbenutzung des kommunalen Wertstoffeffassungssystems anzubieten.
4. Die dementsprechenden Änderungen/Anpassungen des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Bielefeld sowie der Satzung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen in der Stadt Bielefeld sind vorzubereiten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Bericht zur Umsetzung der Landschaftspläne und weiterer Naturschutzmaßnahmen in den Jahren 2009 bis 2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4150/2009-2014

Herr Becker führt in das Thema ein und erläutert, dass in dem Bericht nicht nur Umsetzungen von Maßnahmen innerhalb der Landschaftspläne aufgeführt seien sondern darüber hinaus auch über weitere Maßnahmen informiert werde.

Herr Worms berichtet mit Hilfe einer Folienpräsentation zur Vorlage. Er teilt mit, dass neben den Maßnahmen zur Umsetzung der Landschaftspläne auch Genehmigungsverfahren zu Veranstaltungen, die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu seinem Aufgabengebiet gehörten.

Im Rahmen der Präsentation stellt er Pflegemaßnahmen in Naturschutzgebieten wie z.B. am Töpker Teich oder im NSG Auf dem Kort sowie in Schutzgebieten (z.B. Nackescher Teich), vor. Hierbei würden im Einzelfall Kooperationen mit Privaten geschlossen, die ihre Flächen für wichtige Maßnahmen zur Verfügung stellten (z.B. Firma Kisker). Durch diese Vereinbarungen würden Förderungen durch das Land und die EU für Maßnahmen auf privaten Flächen ermöglicht. Des Weiteren sei auch die Pflege von Sonderstandorten (z.B. Quellvegetation) von großer Bedeutung.

Das Kulturlandschaftsprogramm bezeichnet er als wichtiges Standbein im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen. Das Programm werde von der Landwirtschaft sehr gut angenommen. Leider sei in diesem Jahr durch Vandalismus eine geförderte Streuobstwiese zerstört worden. Man hoffe, dass ein Großteil der Bäume wieder neu austreibe.

Die Elsbeere als Baum des Jahres 2011 sei durch einen Praktikanten des Umweltamtes kartiert worden. Es konnten 130 Elsbeeren an 10 Standorten innerhalb Bielefelds festgestellt werden. Im Jahr 2011 seien in Kooperation mit der Waldjugend oberhalb des Tierparks 100 Bäume neu gepflanzt worden, so dass sich der Bestand entsprechend vergrößert habe.

Frau Heidsiek fragt nach dem Umsetzungsstand einer Elsbeeren-Allee, für die durch den AfUK vor geraumer Zeit ein Beschluss gefasst worden sei.

Herr Lufen meint, dass das Gelände am Gewässerkomplex Waterboer sehr karg aussehe und bittet um Mitteilung, ob eine Bepflanzung vorgesehen sei und wie die weitere Entwicklung aussehe.

Herr Nolte hat Fragen zu den für 2012 geplanten Maßnahmen. Zum einen bittet er um Erläuterung, in welcher Höhe die Abzäunungen im Gebiet Markengrund geplant seien, zumal für private Flächennutzer im nahe gelegenen Wochenendgebiet eine Zaunhöhe von max. ein Meter erlaubt sei. Des Weiteren fragt er, ob es hinsichtlich des Lämmerweges, der teilweise durch private Wälder führe, eine Einigung mit den Eigentümern gebe.

Herr Worms teilt mit, dass die Verwaltung zwischenzeitlich nach geeigneten Flächen für eine Elsbeeren-Allee gesucht habe. Momentan seien zwei Standorte in der engeren Prüfung. Es handele sich zum einen um die Wiesenstraße unweit des Schelphofes. In Frage komme hier eine städtische Fläche, die derzeit verpachtet sei. Als weiterer möglicher Standort gilt die Straße Erdsiek, die nördlich der Apfelstraße liege. Auch hier handele es sich um städtische Flächen. Bis zu einer Umsetzung seien noch viele Prüfungen erforderlich, u.a. müsse geklärt werden, ob Versorgungsleitungen in den betroffenen Flächen liegen und wie man diese ggf. verlegen könne. Eine Umsetzung könne somit nicht mehr in diesem Jahr erfolgen.

Herr Becker ergänzt, dass am Teichkomplex Waterboer noch weitere Maßnahmen folgen werden. So sei der Einbau eines festen Amphibienleitzauens vorgesehen. Nach der Sanierung der Teiche, die noch nicht abgeschlossen sei, stehe die Offenlegung des Baches an. Eine Bepflanzung mit Kleingehölzern sei nicht vorgesehen, da es wichtig sei, dass die Gewässer ausreichend besonnt werden.

Im Bereich Markengrund sollen nicht komplette Flächen abgeriegelt werden. Durch die Einzäunungsmaßnahmen solle die Zugänglichkeit der Flächen eingeschränkt werden. Die Höhe der Zäune solle max. 1,40 m bis 1.60 m betragen.

Zum Lämmerweg teilt Herr Wörmann mit, dass es intensive Gespräche mit den privaten Waldbesitzern gegeben habe, die sich durch die Freizeitansprüche der Großstadtbevölkerung bedrängt fühlen. Im Rahmen der Veranstaltung zur Sternwanderung am 03. Juni werde es hierzu eine Diskussionsrunde geben. Der Lämmerweg selbst verlaufe auf bereits vorhandenen Wegen. Die Beschilderung werde ausgewechselt und an separaten Pflöcken befestigt, da es an der Befestigung an Bäumen Kritik gegeben habe.

Herr Meichsner kritisiert, dass im Bericht nicht genannt werde, was nicht geleistet bzw. umgesetzt werden könne. Er wünscht eine Klarstellung, welche Zielsetzung von der Stadt verfolgt werde. Des Weiteren halte er es für wichtig, die vorhandenen Arten zu sichern. Daher solle über die in Bielefeld gefährdeten Arten berichtet und Lösungsvorschläge genannt werden, wie die Bestände gefestigt werden können.

Frau Heidsiek kritisiert, dass in der AG Sparrenburg auf Umweltaspekte zu wenig Rücksicht genommen werde. Es seien hier historische und bauliche Aspekte eher im Vordergrund. So sei erklärbar, dass bestimmte Arten, z.B. die Bechsteinfledermaus, dort nicht mehr existieren. Daher wünscht sie, dass der AfUK in die Planungen der Sparrenburgsanierung einbezogen werde.

Herr Becker sieht grundsätzlich keine Hinderungsgründe, die dortigen Themen auch im AfUK zu beraten, wenn das Gremium dieses wünscht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7.1 Umlage für den Werre-Wasserverband

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4197/2009-2014

Herr Meichsner teilt für die CDU-Fraktion mit, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimme. Er hoffe dass sich bei der nächsten Verbandsversammlung dieses Ergebnis auch tatsächlich durchsetzen lasse, so dass die Angelegenheit damit erledigt sei. Sollte sich der Kreis Herford jedoch quer stellen, schlägt er vor, entweder das Gutachterergebnis zu favorisieren oder aber die Mitgliedschaft in dem Verband generell in Frage zu stellen.

Er verweist darauf, dass die Stadt Bielefeld im vorbeugenden Hochwasserschutz sehr viel leiste, wovon auch die umliegenden Gemeinden letztendlich profitieren. Aus seiner Sicht seien die Erwartungen, die Bielefeld mit dem Beitritt zum Werre-Wasserverband verbunden hat, nicht erfüllt worden.

Herr Sternbacher hält es für falsch, mit Drohungen in die Verhandlung zu gehen, da der Bestand des Verbandes nicht grundsätzlich in Frage gestellt werden solle. In der wichtigen Frage des Hochwasserschutzes sei eine Kooperation mit den Kreisen Herford und Lippe erforderlich, um kreisübergreifend zusammenarbeiten zu können. Es gehe jetzt um den Stand der finanziellen Beteiligung. Er sei mit dem Ergebnis zufrieden.

Herr Wörmann sagt zu, dass er die Bielefelder Mitglieder rechtzeitig informieren würde, sofern ihm vor dem 05.07.2012 eine negative Meinung aus dem Kreis Herford bekannt würde. Da aus seiner Sicht eine einfache Mehrheit zu Änderung der Verbandsumlage ausreiche und diese auch ohne Zustimmung des Kreises Herford erreicht werden könne, sei er optimistisch, dass sich die vorgeschlagene Beitragssenkung durchsetzen lässt.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der AfUK empfiehlt, der Rat beschließt, dass der Beitragssatz der Stadt Bielefeld für den Werre-Wasserverband entsprechend der Vorstandsempfehlung von 15,6 % auf 6,58 % gesenkt wird. Der Rat weist die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bielefeld an, in der Verbandsversammlung entsprechend abzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 8.1 Beschluss des AfUK vom 24.04.2012 zur Toilettensituation am Obersee - TOP 7

Herr Reidel teilt mit, dass die Verwaltung entsprechend der Empfehlung des AfUK zwischenzeitlich Kontakt mit dem Betreiber des Halhofes aufgenommen habe. Vom Geschäftsführer der Falken als Betreiber des Halhofes sei die Bereitschaft signalisiert worden, eine Vereinbarung zur Mitbenutzung der dortigen Toiletten zu treffen. Die genauen Details seien noch abzustimmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.
